

Fichtner, Ferdinand; Breuer, Christian; Junker, Simon; Michelsen, Claus; Schlaak, Thore

Article

Deutsche Wirtschaft: Abschwächung in Sicht

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand; Breuer, Christian; Junker, Simon; Michelsen, Claus; Schlaak, Thore (2018) : Deutsche Wirtschaft: Abschwächung in Sicht, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 85, Iss. 24, pp. 508-521, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-24-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/180691>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Wirtschaft: Abschwächung in Sicht

Von Ferdinand Fichtner, Christian Breuer, Simon Junker, Claus Michelsen und Thore Schlaak

ABSTRACT

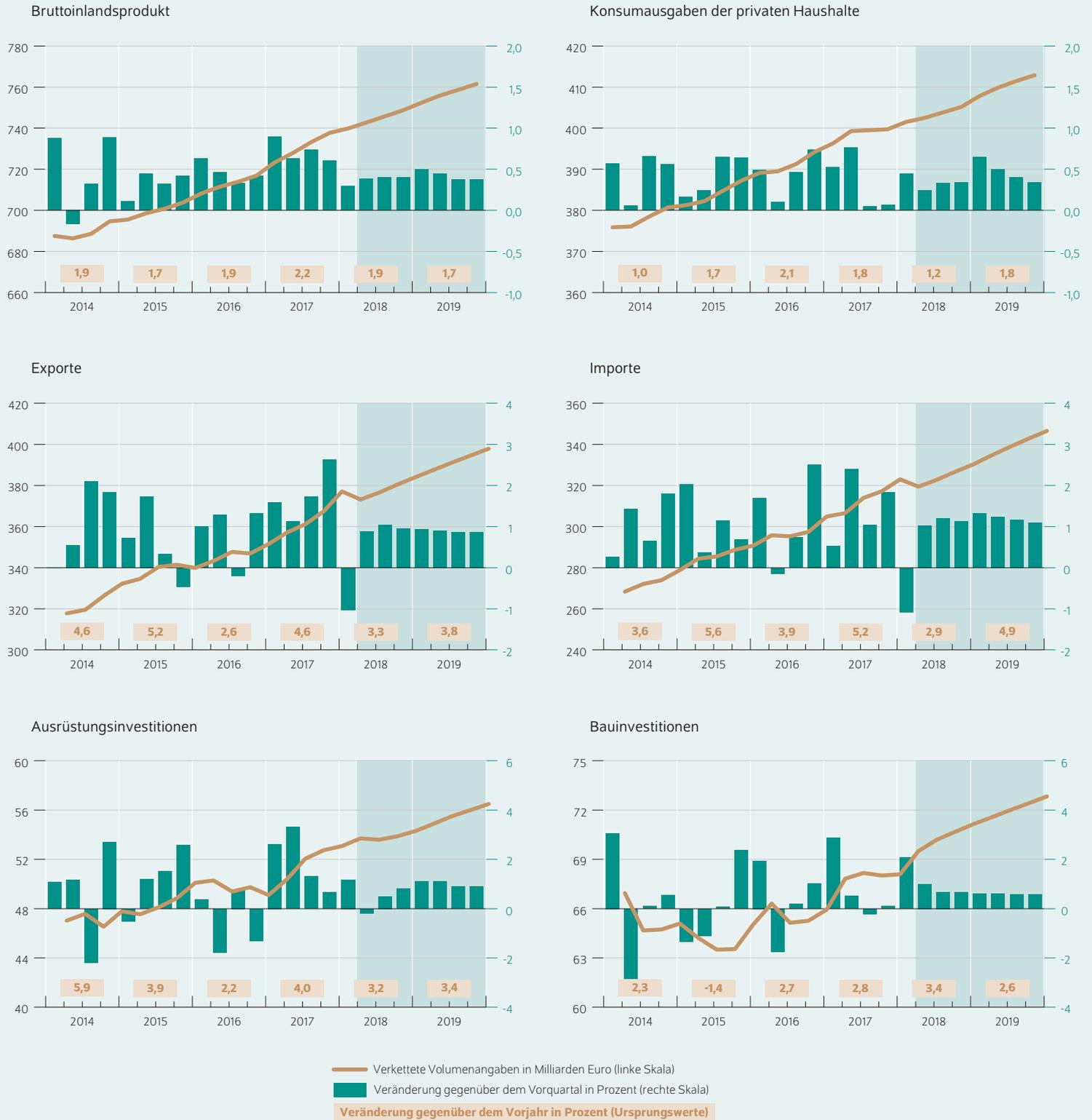
Im Vergleich zum vergangenen Jahr schwächt sich die deutsche Konjunktur merklich ab. Die Bestellungen aus dem Ausland sinken und die heimischen Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück. Die Kapazitäten bleiben jedoch stark ausgelastet – auch weil im kommenden Jahr die Regierung die Einkommen der privaten Haushalte anschiebt. Aber vor allem steigen die Einkommen wegen der guten Lage am Arbeitsmarkt spürbar: Die Arbeitslosenquote sinkt auf 5,2 Prozent in diesem Jahr und auf 4,9 Prozent im kommenden. Die deutsche Wirtschaft wächst alles in allem in diesem Jahr um 1,9 Prozent und im Jahr 2019 um 1,7 Prozent.

Die deutsche Wirtschaft verliert an Fahrt: Nach einem unerwartet schwachen Jahresauftakt dürften die Zuwächse bei der Wirtschaftsleistung auch im weiteren Verlauf nicht an das Tempo vom vergangenen Jahr herankommen (Abbildung 1). Dennoch wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit 1,9 Prozent spürbar zulegen (Tabelle 1) und die Kapazitäten bleiben gut ausgelastet (Abbildung 2), denn für das laufende und das kommende Quartal deutet sich zunächst eine Beschleunigung an. Im Sommerhalbjahr dürfte die Industrie ihre Produktion deutlich ausweiten; dafür sprechen die nach wie vor gut gefüllten Auftragsbücher (Abbildung 3). Für den weiteren Verlauf ist aber eine Abschwächung zu erwarten (Tabelle 2): Die Neubestellungen sind seit Jahresbeginn rückläufig, vor allem deshalb, weil sich die Weltkonjunktur nach dem starken Sommerhalbjahr 2017 seit dem Winter abgeschwächt hat. Insbesondere die globale Investitionsdynamik, die noch im vergangenen Jahr die deutsche Wirtschaft befeuert hatte, kühlt sich im Zuge des sich zuspitzenden Handelskonflikts mit den USA und zunehmender Sorgen vor einem Wiederaufflammen der Eurokrise vielerorts ab¹. Dies dämpft den Anstieg der Exporte im weiteren Verlauf (Tabelle 3), wenngleich die jüngste Euro-Abwertung für sich genommen positiv wirkt. Und auch bei den heimischen Investitionen ist der Aufwärtstrend vom vergangenen Jahr zunächst unterbrochen: Die Unternehmen dürften – wie bereits im Auftaktquartal – auch im zweiten Quartal ihre Ausgaben für neue Ausrüstungen gekürzt haben. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung werden sie im weiteren Verlauf zwar wieder mehr ausgeben; die Investitionen werden aber bei weitem nicht mehr so stark zunehmen wie im vergangenen Jahr. Die privaten Haushalte werden angesichts kräftig steigender Lohneinkommen ihren Verbrauch ausweiten. Der Beschäftigungsaufbau hat jedoch an Schwung verloren, und die anziehenden Löhne können dies nicht vollständig kompensieren. Hinzu kommt ein vorübergehend kräftigerer Preisauftrieb: Die Ölpreise sind deutlich gestiegen und der Euro hat zudem gegenüber dem Dollar an Wert verloren. Dies dämpft die Kaufkraft der privaten Haushalte, vor allem im Sommer. Alles in allem bleibt die

¹ Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2018): Weltwirtschaft und Euroraum: Erhöhte Unsicherheit dämpft Wachstum. DIW Wochenbericht Nr. 24 500-506.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstaglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

Tabelle 1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,9	1,7	1,9	2,2	1,9	1,7
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	42 672	43 069	43 638	44 271	44 815	45 102
Erwerbslose, ILO	2 092	1 949	1 775	1 621	1 406	1 300
Arbeitslose, BA	2 898	2 795	2 691	2 533	2 328	2 221
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,0	4,6	4,1	3,8	3,3	3,0
Arbeitslosenquote, BA ²	6,7	6,4	6,1	5,7	5,2	4,9
Verbraucherpreise ³	0,9	0,3	0,5	1,8	1,9	1,9
Lohnstückkosten ⁴	1,4	1,8	1,6	1,5	2,1	2,1
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	15,5	25,4	31,9	38,2	49,4	46,3
in Prozent des BIP	0,5	0,8	1,0	1,2	1,5	1,3
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,5	8,9	8,5	8,0	8,3	7,9

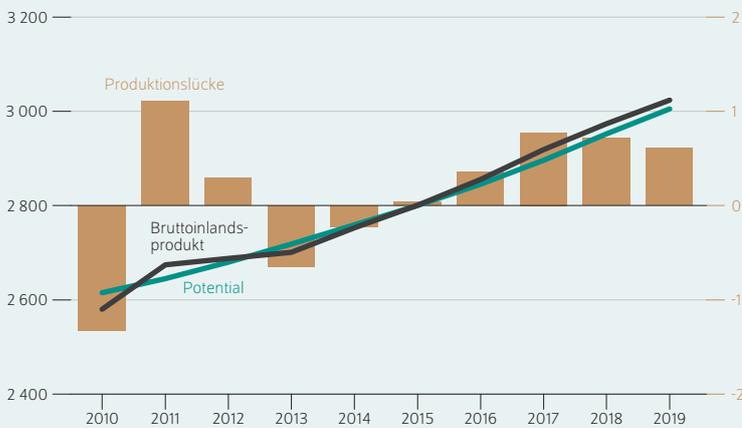
- 1 In Preisen des Vorjahres.
- 2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).
- 3 Verbraucherpreisindex.
- 4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.
- 5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und Potential bzw. Produktionslücke
In Milliarden Euro bzw. Prozent des Produktionspotentials



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Kapazitäten bleiben weiterhin gut ausgelastet

Inflation aber moderat; sie dürfte in beiden Jahren des Prognosezeitraums 1,9 Prozent betragen.

Im kommenden Jahr würde die Konjunktur für sich genommen weiter auf eine gemächlichere Gangart einschwenken und sich die Auslastung der Wirtschaft normalisieren. Allerdings stehen dem Impulse aufgrund im Koalitionsvertrag vereinbarter Maßnahmen entgegen. Viele davon werden wohl zum Jahresbeginn wirksam – etwa die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen

Abbildung 3

Neuaufträge und Auftragsbestand
Saisonbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2018

Die Neuaufträge liegen seit Jahresbeginn tief im Minus, die Bestände steigen aber weiter.

Krankenversicherung, die den gesetzlich versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zunächst ein um rund sechs Milliarden höheres Einkommen bringt. Das kurbelt den privaten Verbrauch vorübergehend an. Als Folge dieser Einkommensspritze wird das Wachstum im Jahr 2019 mit voraussichtlich 1,7 Prozent um etwa 0,3 Prozentpunkte höher ausfallen als ohne diese Maßnahmen²; die Auslastung der

² Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2018): Politik schiebt florierende deutsche Konjunktur zusätzlich an. DIW Wochenbericht Nr. 11 (online verfügbar).

Tabelle 2

Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes

	2017				2018				2016 ⁶	2017 ⁶	2018 ⁶	2019 ⁶
	I	II	III	IV	I	II	III	IV				
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,9	0,6	0,7	0,6	0,3	0,4	0,4	0,4	1,9	2,2	1,9	1,7
Effekt der Nettogütersteuern	-0,1	-0,1	-0,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0
Bruttowertschöpfung ²												
insgesamt	1,0	0,7	0,9	0,6	0,2	0,4	0,4	0,4	1,9	2,3	1,9	1,7
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,2	0,3	0,5	0,4	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,5	0,7	0,6	0,8
Baugewerbe	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,3	0,1	0,0	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,4	0,5	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,1	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,4	0,4	0,2	0,1
übrige Dienstleister ³	0,2	0,0	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,4	0,3	0,2
Erwerbstätige ⁴												
insgesamt	184	137	141	135	196	105	90	74	569	633	544	287
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	40	25	22	20	39	16	13	9	18	86	92	35
Baugewerbe	18	5	4	12	24	6	4	3	26	40	43	11
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	39	30	17	15	40	19	17	13	120	115	93	49
Unternehmensdienstleister	37	29	27	26	49	27	25	22	139	132	128	86
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	45	49	57	43	62	35	32	28	246	211	184	99
übrige Dienstleister ³	1	0	10	24	-2	10	4	2	39	51	30	12
Produktivität ⁵												
insgesamt	0,5	0,4	0,6	0,3	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,6	0,8	0,7	1,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)	0,3	0,9	1,6	1,2	-1,1	0,1	0,6	0,6	1,6	1,6	1,3	2,5
Baugewerbe	1,8	0,9	-0,3	0,5	-0,6	1,2	0,0	0,2	0,9	0,7	0,9	1,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,2	0,6	-0,1	0,5	0,9	0,2	0,2	0,4	1,1	1,8	1,7	1,7
Unternehmensdienstleister	0,5	-0,4	0,8	-0,3	-0,3	0,0	-0,1	0,0	-0,6	0,1	-0,3	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,0	0,4	0,0	-0,2	-0,4	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	0,2	-0,6	-0,3
übrige Dienstleister ³	0,5	-0,1	0,6	0,1	0,1	0,3	0,2	0,2	0,9	0,7	0,9	0,8

1 Änderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorquartal in Prozent.
 2 Bruttowertschöpfung: insgesamt – preis-, kalender- und saisonbereinigte Änderung im Vergleich zum Vorquartal in Prozent; Wirtschaftsbereiche – Wachstumsbeitrag zur gesamten Änderung in Prozentpunkten.
 3 Die „übrigen Dienstleister“ umfassen die Bereiche Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- & Versicherungs- sowie sonstige Dienstleister.
 4 Änderung der saisonbereinigten Zahl der Erwerbspersonen im Vergleich zum Vorquartal in Tausend.
 5 (Arbeits-)produktivität je Erwerbstätigen in Prozent.
 6 Jahre: Änderungen (Wirtschaftsbereiche: Wachstumsbeiträge) gegenüber Vorjahr, basierend auf Ursprungswerten; Erwerbstätige – absolute Änderung in Tausend (Jahresmittel).

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018; Prognose ab zweitem Quartal 2018.

© DIW Berlin 2018

gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten verharrt auf ihrem überdurchschnittlichen Wert. Das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergebende 68-Prozent-Konfidenzintervall liegt für dieses Jahr zwischen 1,6 Prozent und 2,1 Prozent, für das kommende Jahr zwischen 1,2 und 2,2 Prozent (Abbildung 4). Weil der höhere Konsum die Importe anfacht, sinkt der Leistungsbilanzsaldo etwas: von 8,3 Prozent in diesem Jahr auf 7,9 Prozent im kommenden.

Die Finanzlage der öffentlichen Hand bleibt trotz erheblicher Mehrausgaben im Rahmen des Koalitionsvertrags günstig: Für dieses Jahr ist ein Überschuss von 50 Milliarden Euro zu erwarten, für das kommende von 45 Milliarden Euro.

Die Risiken sind zuletzt gestiegen. Der Handelskonflikt mit den USA könnte sich stärker auf den Welthandel auswirken als hier unterstellt oder gar weiter eskalieren; dies würde insbesondere die offene deutsche Wirtschaft empfindlich

treffen. Die politische Entwicklung in Italien birgt die Gefahr einer neuen Krise im Euroraum, die etwa über steigende Unsicherheit oder sich verschlechternde Finanzierungsbedingungen die Konjunktur in der Währungsunion und auch in Deutschland dämpfen würde.

Inflation: nur vorübergehend über zwei Prozent

Die Verbraucherpreise werden in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich um je 1,9 Prozent steigen.³ In den kommenden Monaten wird die Inflation sogar über zwei Prozent liegen. Dieser kräftigere Preisauftrieb resultiert aber aus den jüngst kräftig gestiegenen Ölpreisen. Hinzu kommt die Abwertung des Euro, die importierte Waren und

³ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 1,8 Prozent und 2,1 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 1,2 und 2,6 Prozent.

Tabelle 3

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,5	0,8	0,0	0,1	0,4	0,2	0,3	0,3	0,7	0,5	0,4	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,1	0,5	0,5	0,4	-0,5	0,8	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	1,5	0,4	0,3	1,7	0,6	0,6	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7
Ausrüstungen	2,6	3,3	1,3	0,7	1,2	-0,2	0,5	0,8	1,1	1,1	0,9	0,9
Bauten	2,9	0,5	-0,2	0,1	2,1	1,0	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	2,0	0,9	0,6	-0,1	1,5	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7
Lagerveränderung ¹	-0,5	0,2	0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	1,1	0,4	0,1	0,4	0,4	0,4	0,4	0,6	0,6	0,5	0,4
Außenbeitrag ¹	0,5	-0,4	0,4	0,5	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	0,0
Export	1,6	1,1	1,7	2,6	-1,0	0,9	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Import	0,5	2,4	1,0	1,8	-1,1	1,0	1,2	1,1	1,3	1,2	1,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,6	0,7	0,6	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018; Prognose ab zweitem Quartal 2018.

© DIW Berlin 2018

Dienstleistungen verteuert. Die Kernrate, also die Teuerung ohne Berücksichtigung der Energiepreise, steigt dieses Jahr nur leicht, auf 1,7 Prozent. Für das kommende Jahr ist bei reger Nachfrage und ausgelasteten Kapazitäten ein weiterer Anstieg auf 1,9 Prozent zu erwarten. Die Unternehmen dürften steigende Kosten – teils resultieren diese aus den (vor allem in Euro gerechnet) höheren Rohstoffpreisen (Tabelle 4), vor allem aber aus den spürbaren Lohnsteigerungen – allmählich an die Verbraucherinnen und Verbraucher überwälzen. Würden die Ölpreise nicht wie hier unterstellt im weiteren Verlauf entsprechend der Futures-Kurse sinken, sondern beispielsweise mit einer Jahresrate von zwei Prozent steigen, würde die Inflation, mit 2,0 Prozent in diesem und 2,1 Prozent im kommenden Jahr, höher ausfallen.

Arbeitsmarkt: ruhigerer Beschäftigungsaufbau

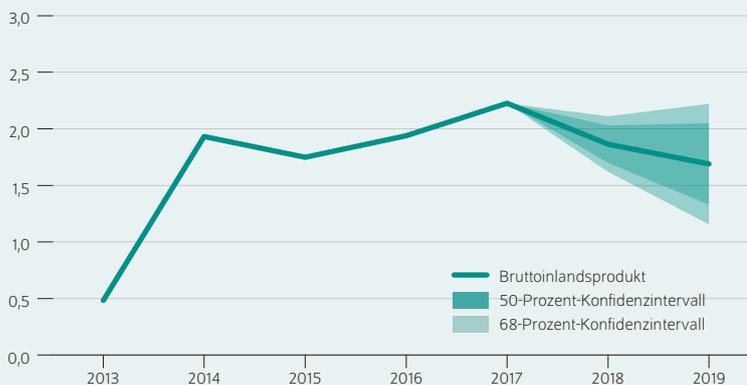
Im ersten Quartal 2018 nahm die Zahl der Erwerbstätigen kräftiger zu als in den Vorquartalen (Abbildung 5) – insbesondere aufgrund des deutlichen Aufwuchses zu Jahresbeginn. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, wenngleich nicht im gleichen Maße wie die Beschäftigung stieg. Für den Beschäftigungsaufbau war insbesondere der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse verantwortlich, während die Zahl der Selbständigen sowie jener geringfügig Beschäftigten, die keine weitere Erwerbstätigkeit ausüben, zuletzt deutlich sank.

Seit März hat sich die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus aber leicht abgeschwächt. Diese Entwicklung dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen, auch weil das Produktionswachstum dann schwächer ausfällt. Das inländische Erwerbspersonenpotential sinkt demografisch bedingt sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr, trotz steigender Erwerbsbeteiligung insbesondere älterer Erwerbstätiger. Aufgrund der Zuwanderung vor allem aus den Ländern der Europäischen Union steigt das Erwerbspersonenpotential dennoch in beiden Jahren des Prognosezeitraums. Da es weniger stark zunimmt als der Beschäftigungsaufbau, verringert sich auch die Arbeitslosigkeit weiter, wenngleich die Rückgänge im Prognosezeitraum nach und nach geringer ausfallen. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich in diesem Jahr auf 2,3 Millionen Personen belaufen, im kommenden Jahr beträgt sie 2,2 Millionen Personen; damit liegt die Arbeitslosenquote im Jahr 2018 bei 5,2 Prozent, im kommenden Jahr bei 4,9 Prozent.⁴

Abbildung 4

Prognose für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent



Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

⁴ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen 5,1 Prozent und 5,2 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,7 und 5,1 Prozent.

Tabelle 4

Annahmen dieser Prognose

		2017	2018	2019
EZB-Leitzins	Prozent	0,00	0,00	0,07
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,3	-0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,1	1,1	1,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,4	0,5	0,6
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,13	1,19	1,17
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,1	2,6	2,6
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	54,9	73,8	74,1
Erdölpreis	Euro/Barrel	48,6	62,0	63,2

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Lohninflation ist zuletzt gestiegen: Die tariflich vereinbarten Stundenlöhne ohne Sonderzahlungen stiegen im ersten Vierteljahr 2018 um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Noch stärker spiegelt sich die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt in den tariflichen Sonderzahlungen – die tariflich vereinbarten Stundenlöhne einschließlich Sonderzahlungen stiegen um 2,5 Prozent – und in den Effektivlöhnen wider. Diese tatsächlich gezahlten Stundenlöhne nahmen um 2,7 Prozent zu; hierbei schlägt sich aber zum Teil die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur hin zu höher qualifizierten Tätigkeiten nieder.

Auch im Prognosezeitraum dürften die Löhne spürbar steigen. Bereits verhandelte Tarifabschlüsse, beispielsweise in der Metall- und Elektroindustrie, dem öffentlichen Dienst sowie dem Bauhauptgewerbe, lassen auf höhere Tariflohnzuwächse schließen. Außerdem dürften die außertariflichen

über den tariflichen Lohnsteigerungen liegen (Kasten 1). Hier machen sich in erster Linie die zunehmenden Knappheiten am Arbeitsmarkt bemerkbar. Hinzu kommt die Anhebung des Mindestlohns zum Jahresbeginn 2019. Aufgrund des kräftigen Lohnzuwachses zum Jahresauftakt 2018 liegen die Steigerungen der Bruttostundenlöhne in diesem Jahr leicht über denen des kommenden Jahres.

Privater Konsum: angekurbelt von Arbeitsmarkt und Abgabentlastungen

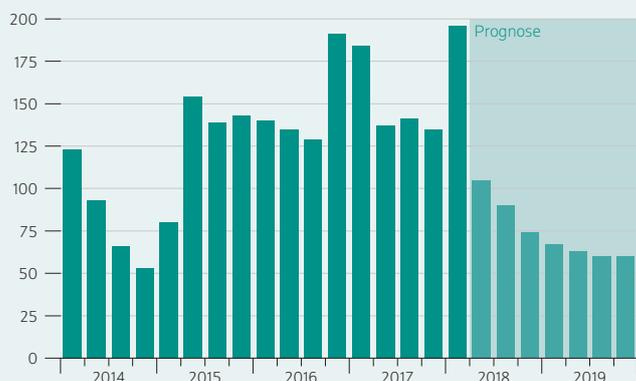
Der private Verbrauch ist weiter eine Triebfeder der deutschen Konjunktur. Zwar dürfte der Konsum im zweiten Quartal nur verhalten expandieren (vgl. Kasten 2), dies dürfte aber vor allem an der vorübergehend höheren Teuerung liegen – sowohl die Ölpreisanstiege als auch die Euro-Abwertung schwächen die Kaufkraft der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die gute Lage am Arbeitsmarkt dagegen schiebt die Einkommen der Haushalte an, wenngleich sich der Beschäftigungsaufbau etwas verlangsamt. Angesichts kräftiger Lohnsteigerungen übertrifft das Plus bei der Lohnsumme aber den überdurchschnittlichen Zuwachs vom vergangenen Jahr. Und bereits in diesem Jahr steigen die Nettolöhne trotz Steuerprogression in etwa mit der gleichen Rate wie die Bruttolöhne, weil der Beitragssatz zur Rentenversicherung sowie der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung leicht sinken. Zudem kommt es zu leichten Entlastungen bei der Einkommensteuer.

Im kommenden Jahr werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung deutlich entlastet, so dass der Anstieg der Lohneinkommen in Nettobetrachtung den Zuwachs der Bruttolöhne deutlich übersteigt. Da die Sozialleistungen insbesondere aufgrund der rentenpolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung beschleunigt zulegen dürften, ziehen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte spürbar an: Sie steigen im Jahr 2019 um 3,7 Prozent, nach 3,2 Prozent in diesem Jahr. Ein geringer

Abbildung 5

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber dem Vorquartal



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich gedämpft fort.

Kasten 1

Zur Schätzung der Lohndrift

Als Lohndrift wird die Differenz zwischen der Veränderungsrate der Bruttolöhne und der der tariflich vereinbarten Lohnabschlüsse bezeichnet. Sie kann als ein Indikator für die Knappheitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt herangezogen werden: Bei guter konjunktureller Lage können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer höhere Bonuszahlungen und außertarifliche Bezahlungen durchsetzen, so dass die Drift positiv mit dem Konjunkturzyklus korreliert ist.

Zur Prognose auf vierteljährlicher Frequenz wird ein ökonometrischer Modellansatz verwendet, der zunächst die historischen Zusammenhänge zwischen der Lohndrift und verschiedenen Maßen des Auslastungsgrades der Wirtschaft, etwa der Trendabweichung von Beschäftigung, Wertschöpfung oder Produktivität, als erklärenden Variablen schätzt. Anhand dieser geschätzten Zusammenhänge kann die Lohndrift für den Prognosezeitraum konsistent mit den prognostizierten unabhängigen Variablen fortgeschrieben und auf jährliche Frequenz gebracht werden.

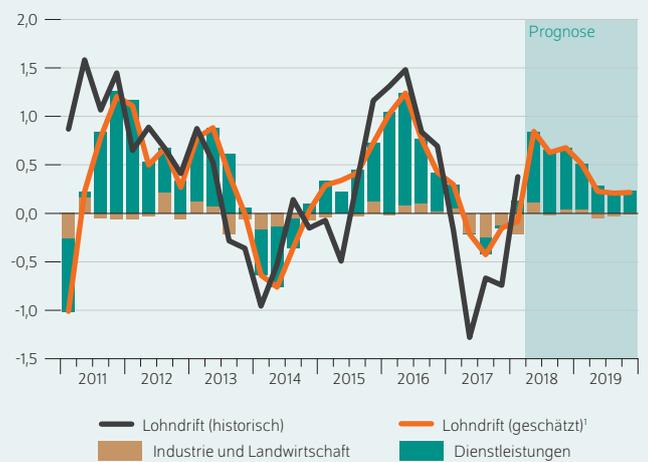
Die Schätzung ergibt für die Gesamtwirtschaft eine Lohndrift von 0,5 Prozentpunkten für das laufende Jahr und von 0,3 Prozent für das kommende Jahr. Die positive Lohndrift spiegelt einerseits wider, dass die Beschäftigung in beiden Jahren nochmals deutlich ansteigt, andererseits, dass die Produktivität spürbar stärker als im langfristigen Trend zulegen. Unter der Annahme, dass die Tariflöhne pro Stunde in beiden Jahren des Prognosezeitraums um 2,6 Prozent zulegen (vgl. Tabelle 4), ergibt sich in diesem Jahr ein Zuwachs der Bruttolöhne pro Stunde um 3,2 Prozent, im kommenden Jahr um 2,9 Prozent.

Die zur Verfügung stehenden Datensätze ermöglichen darüber hinaus eine differenzierte Betrachtung einzelner Wirtschaftssektoren (Abbildung). Hier zeigt sich, dass die Lohndrift der Industrie in

beiden Jahren des Prognosezeitraums niedriger ausfällt, als in der Gesamtwirtschaft. Demgegenüber sind die Zuwächse bei Dienstleistern (und insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen und bei den Unternehmensdienstleistern) überdurchschnittlich hoch und Ausdruck des starken Wachstums dieser Branchen.

Abbildung

**Lohndrift pro Stunde
In Prozentpunkten**



1 Die geschätzte Lohndrift errechnet sich anhand der mit der jeweiligen Zahl von ArbeitnehmerInnen gewichteten Summe aus Schätzwerten von Modellen für zwölf Wirtschaftssektoren.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Die Lohndrift der Gesamtwirtschaft dürfte in beiden Jahren des Prognosezeitraums positiv ausfallen.

Anstieg der Sparquote dämpft für sich genommen den Konsum vorübergehend: Einen Teil des Einkommensschubes im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag dürften die Haushalte erst nach und nach ausgeben. Bei anhaltend moderater Teuerung bei Gütern und Dienstleistungen nimmt der reale private Konsum in beiden Jahren des Prognosezeitraums merklich zu.

Ausrüstungen: Die Luft ist raus

Nachdem die Unternehmen im vergangenen Jahr kräftig in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge investierten, wurde die Investitionsdynamik zu Jahresauftakt deutlich schwächer. Lediglich umfangreiche Anschaffungen der öffentlichen Hand haben für eine Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen gesorgt – die Unternehmen hingegen hielten sich zurück. Zwar sind die Rahmenbedingungen in mancherlei Hinsicht weiter vorteilhaft: Die Kapazitätsauslastung der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ist, trotz der Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos zum Jahresauftakt,

nach wie vor weit überdurchschnittlich. Auch der angekündigte Ausstieg der Europäischen Zentralbank aus dem Anleihekaufprogramm hat sich bislang nicht in substanziiell höheren Zinsen für Unternehmenskredite niedergeschlagen. Die gestiegene Unsicherheit über Handelsbeschränkungen mit den USA und zuletzt die Sorge über ein Wiederaufflammen der Eurokrise dürften die Investitionen aber merklich bremsen. Die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller gingen zuletzt deutlich zurück. Besonders ausgeprägt war dies im Fahrzeugbau; hier dürften allerdings auch Probleme mit der Erfüllung von Abgasnormen und dem Nachweis über die Einhaltung der Grenzwerte nach Euronorm 7 eine Rolle spielen. Auch im zweiten Quartal ist daher nur mit einer niedrigen Investitionstätigkeit zu rechnen. Ab der zweiten Jahreshälfte, wenn auch die gesamtwirtschaftliche Dynamik wieder etwas an Fahrt gewinnt, dürfte zwar die Investitionstätigkeit der Unternehmen reger werden, allerdings nicht an das hohe Tempo des vergangenen Jahres anknüpfen. Ab dem Jahreswechsel dürften die von der Großen Koalition vereinbarten zusätzlichen Ausgaben die Investitionstätigkeit etwas anregen.

Bauinvestitionen: starker Jahresauftakt, ruhiger Ausblick

Die Bauinvestitionen entwickelten sich zu Jahresbeginn äußerst kräftig. Gerade im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau machte sich der große Sprung bei den Aufträgen zum Jahresende 2017 bemerkbar und sorgte vorübergehend für äußerst geschäftiges Treiben auf den Baustellen. Auch das zweite Quartal dürfte erneut kräftig ausfallen (Kasten 2). Dies gilt insbesondere für den Wohnungsbau und den gewerblichen Bau. Die Auftragsbestände sind hoch, der Bedarf an neuen Wohnungen weiterhin groß und die Zinsen niedrig. Eine Beschleunigung ist aber nicht zu erwarten; bereits seit geraumer Zeit stagniert die Zahl der genehmigten Neubauvorhaben. Die gewerblichen Auftraggeber werden angesichts ausgelasteter Kapazitäten und niedriger Finanzierungskosten zusätzlich in ihre Gebäude investieren. Dies trifft auch auf die öffentliche Hand zu, die erheblich mehr freie Mittel hat als in den Vorjahren (Tabelle 5).

Deutlich beschleunigt hat sich der Preisauftrieb. Erwartet wird, dass die Preise für Wohnungsbauleistungen in diesem Jahr um rund 4,2 Prozent steigen, für gewerbliche Bauten um 4,3 Prozent und für die öffentliche Hand um kräftige 4,9 Prozent. Gründe dafür sind neben Kapazitätsengpässen steigende Rohstoffpreise und die hohen Lohnabschlüsse.

Außenhandel: Aussichten trüben sich ein

Zu Jahresbeginn 2018 verringerten sich sowohl die Exporte als auch die Importe spürbar. Dabei war die Warenausfuhr in alle Regionen – mit Ausnahme des Euroraums sowie der Gruppe der europäischen Länder außerhalb der Europäischen Union – rückläufig. Die ausländische Nachfrage insbesondere nach Investitionsgütern und Kraftfahrzeugen war spürbar geringer, obwohl die Abwertung des effektiven Wechselkurses des Euro für sich genommen die Kaufkraft der ausländischen Abnehmer erhöhte. Bei den Importen sind die deutlichen Zuwächse von Energieimporten sowie von Einfuhren aus den OPEC-Staaten im ersten Vierteljahr 2018 wohl Ausdruck der zuletzt stark gestiegenen Preise für Energieträger.

Im zweiten Quartal 2018 dürften die Ausfuhren zwar wieder steigen, jedoch ein gemächlicheres Tempo einschlagen als noch im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres; darauf deuten auch die Indikatoren hin (Kasten 2). In der zweiten Jahreshälfte 2018 dürfte die Auslandsnachfrage, die mit deutschen Exportanteilen gewichtete Importnachfrage der wichtigsten Handelspartner, aufgrund der sich abkühlenden Konjunktur auf den deutschen Absatzmärkten eine gemächlichere Gangart einschlagen als zuletzt. Hier schlägt der hohe Anteil von Investitionsgüterexporten an den deutschen Gesamtexporten zu Buche, deren Nachfrage bei erhöhter Unsicherheit überproportional stark eingeschränkt wird. Entsprechend wird sich auch das Expansionstempo der Ausfuhren verlangsamen. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Ausfuhren dann wohl mit in etwa gleichbleibenden

Tabelle 5

Reale Bauinvestitionen Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2017	2015	2016	2017	2018	2019
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,8	-0,7	4,0	2,8	3,4	2,7
Nichtwohnungsbau	39,2	-2,5	0,8	2,7	3,4	2,5
Gewerblicher Bau	27,7	0,0	0,0	3,0	4,1	2,6
Öffentlicher Bau	11,8	-0,8	2,7	2,0	1,8	2,3
Bauinvestitionen	100,0	-1,4	2,7	2,8	3,4	2,6
Ausrüstungsinvestitionen		3,9	2,2	4,0	3,2	3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

Raten zulegen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich im kommenden Jahr und wirkt einer deutlicheren Verlangsamung der Ausfuhren entgegen.

Die Einfuhren dürften im zweiten Quartal mit einer etwas höheren Zuwachsrate als die Ausfuhren steigen. Im weiteren Jahresverlauf dürften sie dann etwas kräftiger zulegen, auch weil die Exporte und der private Konsum ein wenig dynamischer expandieren. Zu Jahresbeginn 2019 werden vom privaten Konsum aber auch den Ausrüstungsinvestitionen zusätzliche Impulse ausgehen; die Zuwachsraten der Importe dürften im Verlauf des kommenden Jahres über denen der Exporte liegen.

Die Ausfuhrpreise stiegen im ersten Quartal 2018 moderat, während die Preise für Einfuhren deutlicher anzogen, was zusammengenommen zu einer Verschlechterung der Terms of Trade führte. Auch für das zweite Vierteljahr ist in den monatlichen Außenhandelspreisindizes eine weitere Verschlechterung der Terms of Trade angelegt. Diese dürfte maßgeblich von der starken Abwertung des Euro, welche für sich genommen vor allem Importpreisanstiege nach sich zieht, bestimmt sein. Im weiteren Prognoseverlauf laufen diese Effekte nach und nach aus, sodass die Terms of Trade im kommenden Jahr wohl in etwa neutral ausfallen.

Die Erhöhung von Einfuhrzöllen der Vereinigten Staaten auf Stahl- und Aluminiumimporte dürfte nur geringe Auswirkungen⁵ auf den deutschen Außenhandel haben, auch weil die Ausfuhren beider Warengruppen zusammengenommen nur rund 0,1 Prozent der deutschen Gesamtausfuhren ausmachen. Auch die in die Wege geleiteten Retorsionszölle der Europäischen Union dürften in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht keine nennenswerten Auswirkungen haben, auch wenn die Preise für die wenigen betroffenen Produkte spürbar steigen dürften. Sollte sich der Handelskonflikt weiter verschärfen, etwa durch die Ausweitung der US-Einfuhrzölle

⁵ Zu den möglichen Wirkungskanälen einer Einführung von Importzöllen siehe Fichtner et al. (2018), a. a. O.

Kasten 2

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb für die sehr kurze Frist auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Die Modellergebnisse für das **Bruttoinlandsprodukt** legen nahe, dass der Zuwachs im zweiten Vierteljahr höher ausgefallen ist als im Auftaktquartal: Sie signalisieren Raten zwischen knapp 0,4 und 0,5 Prozent, die im Einklang mit den immer noch hohen Auftragsbeständen stehen.

Für den **privaten Verbrauch** dagegen legen die Modelle – trotz weiter steigender Lohneinkommen – eine allenfalls verhaltene Aufwärtsbewegung nahe: Das Model-Averaging signalisiert einen Zuwachs von nur gut 0,1 Prozent, das Faktormodell sogar eine Stagnation. Für die Prognose wird – angesichts wieder kräftig aufwärtsgerichteter Einzelhandelsumsätze – von einem geringfügig höheren Zuwachs ausgegangen. Die Ursache für die kleine Delle beim Konsum sind wohl die vorübergehend höheren Teuerungsraten.

Die **Exporte** profitieren noch von hohen Auftragsbeständen und expandieren verhalten. Der ifo Auftragsbestand der exportieren-

den Unternehmen verharrte im Durchschnitt der Monate April und Mai gegenüber dem Vorquartal das dritte Quartal in Folge auf hohem Niveau. Demgegenüber sanken die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe (ohne sonstigen Fahrzeugbau) aus dem Ausland zuletzt leicht. Auch die Warenausfuhr in Abgrenzung des preisbereinigten Spezialhandels deutet vorerst auf geringe Zuwächse der Ausfuhren hin. Gegen einen kräftigen Zuwachs der Exporte spricht darüber hinaus, dass sich die ifo Exporterwartungen im Mai 2018 eintrübten. Ebenfalls weiterhin rückläufig waren die monatlichen Auftragseingänge aus dem Ausland im verarbeitenden Gewerbe (ohne Großaufträge).

Die **Importe** dürften im zweiten Quartal etwas kräftiger als die Exporte ausgeweitet werden. Die preisbereinigte Wareneinfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels verzeichnete im April einen Zuwachs gegenüber dem Durchschnitt des ersten Quartals. Zudem verblieb auch das Konsumentenvertrauen zuletzt in etwa auf dem erreichten, außergewöhnlich hohen Niveau. Dies spricht für eine Ausweitung der Importe, da Konsumgüter einen hohen Importgehalt aufweisen.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** entwickeln sich schwach: Am aktuellen Rand sind die Inlandsumsätze der Hersteller von Maschinen und von elektronischen Ausrüstungen leicht gesunken, die Verkäufe neuer Fahrzeuge sind stagniert. Die Bestellungen aus dem Inland zeigen eine deutliche Einschränkung der Neuanschaffungen von Kraftfahrzeugen an und auch bei Maschinen waren sie rückläufig. Dies spiegelt sich in den Geschäftsaussichten der Investitionsgüterhersteller wider – diese haben sich weiter deutlich eingetrübt.

Die **Bauinvestitionen** bleiben kräftig. Zwar ist die Zahl neuer Aufträge deutlich gesunken, allerdings deuten der hohe Auftragsbestand und die Produktionszahlen auf eine starke Expansion hin. Die Stimmung in den Unternehmen ist weiterhin gut, sodass im weiteren Verlauf mit einer neuerlichen Belebung der Bauaktivitäten gerechnet werden kann.

¹ Für eine Erläuterung, vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft in Wohlfühlkonjunktur. DIW Wochenbericht Nr. 24, 475–485 (online verfügbar).

auf Autos, ist hingegen mit Produktionsausfällen von mehreren Milliarden Euro zu rechnen.⁶

Öffentliche Finanzen: Überschüsse auf Rekordhoch

Die öffentlichen Finanzen weisen seit dem Jahr 2014 stetig steigende Überschüsse aus. Im Jahr 2017 wurde ein gesamtstaatlicher Budgetsaldo von 38,2 Mrd. Euro (bzw. 1,2 Prozent

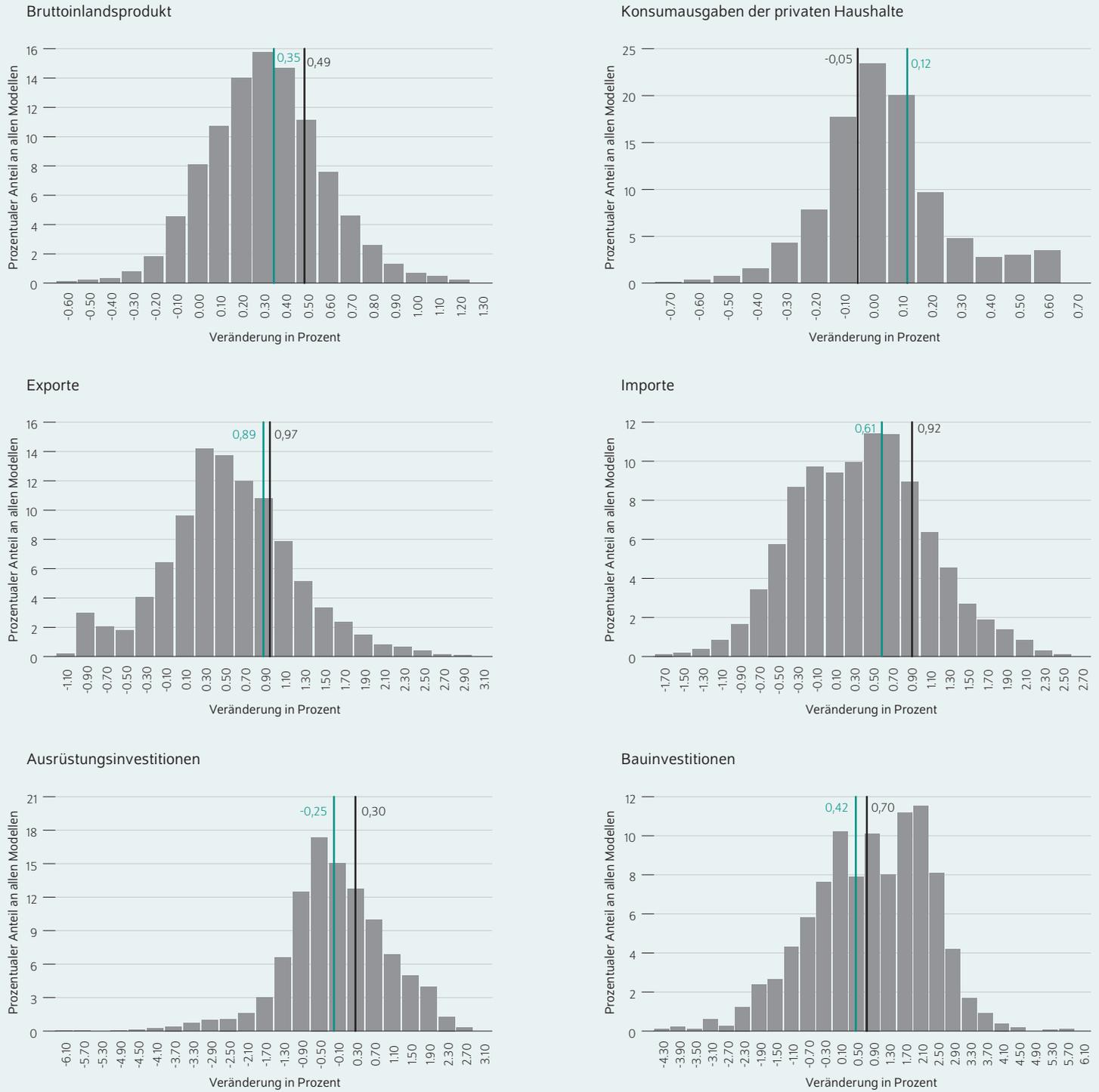
im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) erreicht. Im laufenden Jahr dürfte sich dieser Überschuss noch einmal erhöhen.

Die Einnahmequote insgesamt bleibt in etwa konstant, wengleich verschiedene Maßnahmen (Tabelle 7) die Einnahmen dämpfen: In beiden Jahren werden der Grund- und die Kinderfreibeträge angehoben; im kommenden Jahr werden zudem die Tarifeckwerte verschoben, um Mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression zurückzugeben. Gleichwohl steigen die Steuereinnahmen weiter an – bedingt durch die Progression sowie kräftige Lohnsteigerungen. Zudem sinken einige Beitragssätze zur Sozialversicherung – im laufenden Jahr bei der gesetzlichen Rentenversicherung

⁶ Nach Berechnungen des ifo-Instituts würde die Einführung zusätzlicher unilateraler US-Einfuhrzölle auf Autos in Höhe von 25 Prozent eine Reduktion der deutschen Wirtschaftsleistung um rund fünf Milliarden Euro nach sich ziehen. ifo Institut (2018): US-Autozölle würden Deutschland fünf Milliarden Euro kosten. Pressemitteilung vom 23. Mai 2018 (online verfügbar).

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



— Punktschätzer (mit Prognosegüte gewichteter Durchschnitt aller Modelle) des Model-Averaging-Ansatzes

— Punktschätzer des Faktormodells

Quelle: DIW Sommergrundlinien 2018.

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 1991 bis 2019

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen		
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	2,6	3,1	-3,2	11,9
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	3,1	3,3	-2,6	13,7
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	3,1	3,1	-3,1	14,0
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	3,2	2,9	-2,5	14,5
1995 ³	45,2	22,0	18,1	48,2	3,4	2,6	-3,0	15,6
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	3,4	2,5	-3,5	15,6
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	3,3	2,3	-2,9	15,5
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	3,3	2,3	-2,5	15,1
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	3,0	2,3	-1,7	13,3
2000 ⁴	45,6	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,5	13,5
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	2,9	2,2	-3,9	14,1
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	2,9	2,1	-4,2	13,8
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	2,8	1,9	-3,7	13,5
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	2,7	1,9	-3,4	13,2
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	2,7	2,0	-1,7	12,5
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	2,7	1,9	0,2	11,9
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	2,7	2,1	-0,2	11,8
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	2,6	2,4	-3,2	11,8
2010 ⁵	43,0	21,4	16,5	47,4	2,5	2,3	-4,4	11,6
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	2,5	2,3	-1,0	11,4
2012	44,3	22,5	16,5	44,3	2,3	2,2	0,0	10,2
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	2,0	2,1	-0,1	8,6
2014	44,6	22,8	16,4	44,1	1,5	2,0	0,5	6,8
2015	44,5	22,9	16,5	43,7	1,3	2,1	0,8	5,8
2016	45,0	23,3	16,7	44,0	1,1	2,1	1,0	4,8
2017	45,1	23,5	16,8	44,0	1,0	2,2	1,2	4,4
2018	45,2	23,6	16,8	43,8	0,9	2,2	1,5	4,0
2019	45,2	23,7	16,8	43,9	0,9	2,2	1,3	3,7

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

3 Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Milliarden Euro).

4 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

5 Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Sommergrundlinien 2018.

sowie die Zusatzbeiträge bei den gesetzlichen Krankenkassen – und die Insolvenzgeldumlage. Im kommenden Jahr werden die Maßnahmen des Koalitionsvertrags spürbar, insbesondere der sinkende Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung.⁷ Die staatlichen Vermögenseinkommen werden ebenfalls zulegen, auch weil der zufließende Bundesbankgewinn mit 1,9 beziehungsweise 2,5 Milliarden Euro höher ausfallen dürfte als im Jahr 2017.

Die staatlichen Ausgaben werden im laufenden Jahr nur moderat steigen, bevor im kommenden Jahr die expansiven Maßnahmen der neuen Bundesregierung zu einer stärkeren Ausgabendynamik beitragen. Die Vorleistungskäufe sind zum Jahresauftakt leicht gesunken (saisonbereinigt -0,5 Prozent

gegenüber Vorquartal), wohl in Folge der vorläufigen Haushaltsführung vor der Koalitionsbildung; für den weiteren Verlauf werden deutlich höhere Wachstumsraten erwartet, auch weil einige investive Maßnahmen der neuen Bundesregierung im Bereich der Vorleistungen verbucht werden dürften. Die Arbeitnehmerentgelte des Staates werden vor allem aufgrund der aktuellen Tarifergebnisse vergleichsweise stark expandieren. Die monetären Sozialleistungen werden in Folge der Rentenanpassungen zur Jahresmitte ebenfalls anziehen. Hinzu kommen ab Anfang nächsten Jahres die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Rentenversicherung (Erhöhung der Mütterrente und Einführung einer Erwerbsminderungsrente), sowie die Erhöhung des Kindergelds. Bei den Zinsausgaben bleibt der Abwärtstrend erhalten. Für beide Jahre wird mit einem Rückgang um rund 0,1 Prozentpunkte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gerechnet. Die Bruttoinvestitionen des Staates werden sich nur moderat erhöhen. Zwar

⁷ Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung entlastet die Beschäftigten um gut sechs Milliarden Euro, ist für den Staat aber einnahmeneutral.

Tabelle 7

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2017

	2018	2019
Alterseinkünftegesetz	-1,3	-2,7
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018	-3,7	-4,0
Ausweitung der Mautstrecken und Lkw-Klassen ab dem 1. Juli 2018	+0,8	+1,7
Zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen	-2,3	-2,7
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkte	-1,3	-1,3
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2018	-0,7	-0,8
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2018 um 0,03 Prozentpunkte	-0,3	-0,3
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-1,1	-1,2
Rentenpolitische Maßnahmen	-0,2	-0,8
Maßnahmen der neuen Bundesregierung		
Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrages		-1,8
Abbau der kalten Progression		-1,0
Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019 um 10 Euro		-0,8
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1.1.2019 um 0,3 Prozentpunkte		-3,4
Paritätische Finanzierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (per Saldo)		-0,4
Aufstockung investiver Maßnahmen	-0,6	-4,0
Erwerbsminderungsrente zum 1. Januar 2019		-1,2
Aufstockung der Mütterrente zum 1. Januar 2019		-3,5
Erhöhung anderer sozialer Leistungen	-0,3	-0,7
Insgesamt	-11,0	-28,9
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,3	-0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

Quellen: Bundesregierung; DIW Sommergrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

wirken im Prognosezeitraum verschiedene investive Maßnahmen; diese dürften aber wohl vor allem im Bereich der Vorleistungskäufe realisiert werden. Die sonstigen laufenden Transfers werden wohl aufgrund deutlich höherer EU-Beiträge steigen. Bei den geleisteten Vermögenstransfers fällt ein Einmaleffekt aus dem Jahr 2017 weg (Rückbuchung der Kernbrennstoffsteuer von ca. sieben Milliarden Euro), im Zusammenhang mit dem Verkauf der HSH Nordbank kommt es dagegen in diesem Jahr zu einer Defizitwirkung von knapp sechs Milliarden Euro. Im Vergleich sind die Ausgaben im Jahr 2019 dann deutlich niedriger.

Der Überschuss in den öffentlichen Haushalten wird in diesem Jahr mit knapp 50 Milliarden Euro sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (1,5 Prozent) ein Rekordhoch erreichen (Tabelle 6). Im kommenden Jahr wird er im Zuge der expansiven Maßnahmen der Bundesregierung leicht zurückgehen (auf 46 Milliarden Euro bzw. 1,3 Prozent). Konjunkturbereinigt liegt der Budgetsaldo bei 1,1 beziehungsweise 1,0 Prozent. Die Schuldenquote sinkt bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 58 Prozent, unter der Maastricht-Grenze von 60 Prozent.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Christian Breuer ist Junior-Professor für Europäische Wirtschaft an der Technischen Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24/2018:

www.diw.de/diw_weekly

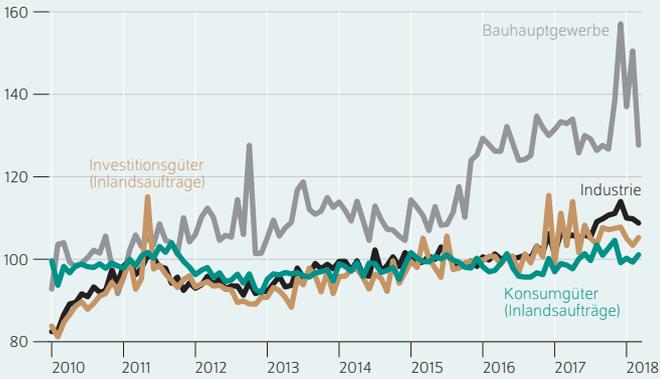


Abbildung 6

Konjunkturindikatoren Deutschland

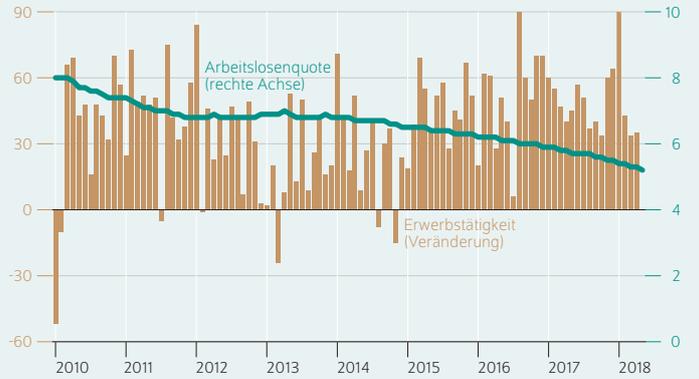
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



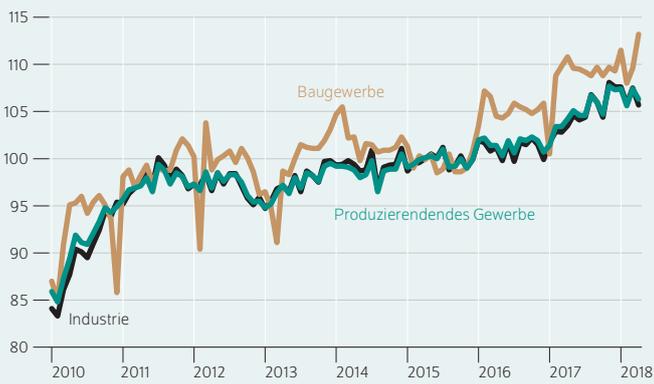
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



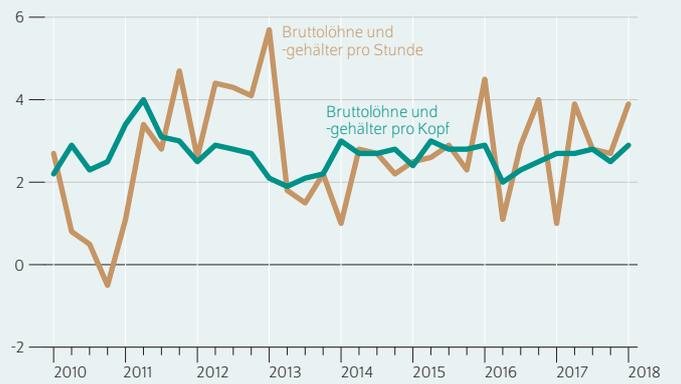
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



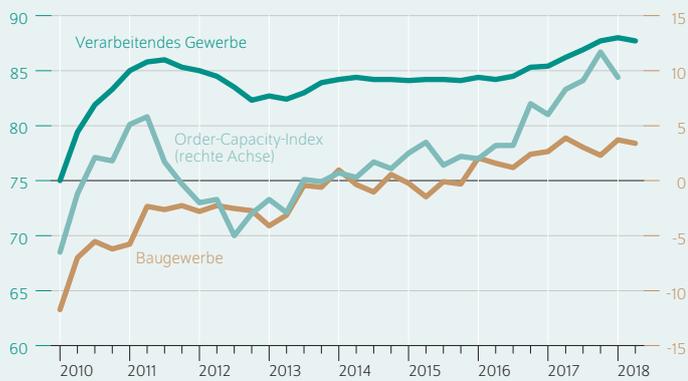
4. Löhne

Veränderung in Prozent



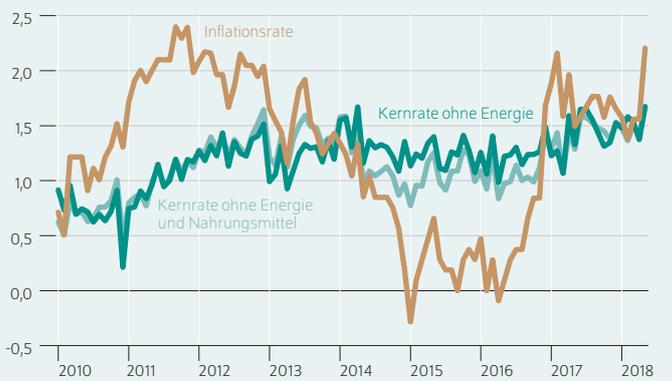
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

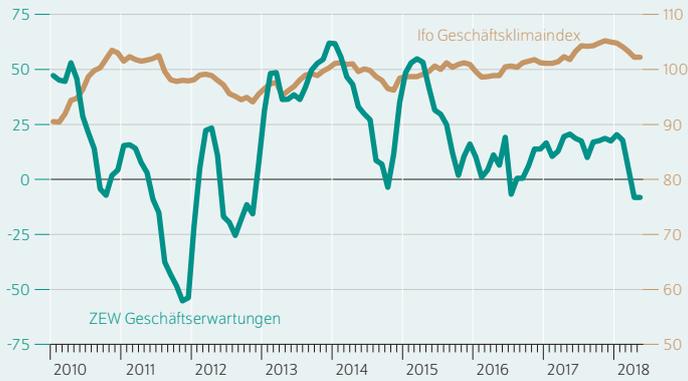
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut, Deutsche Bundesbank.

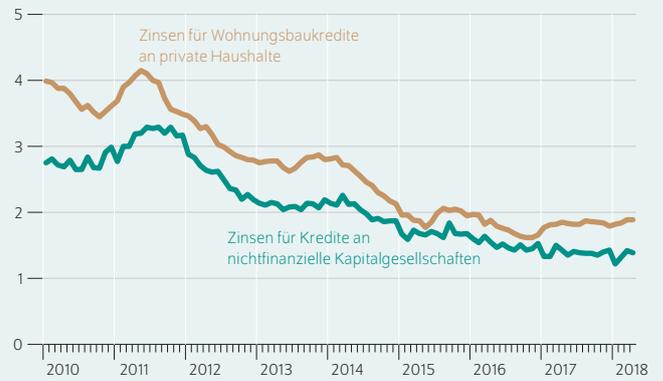
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



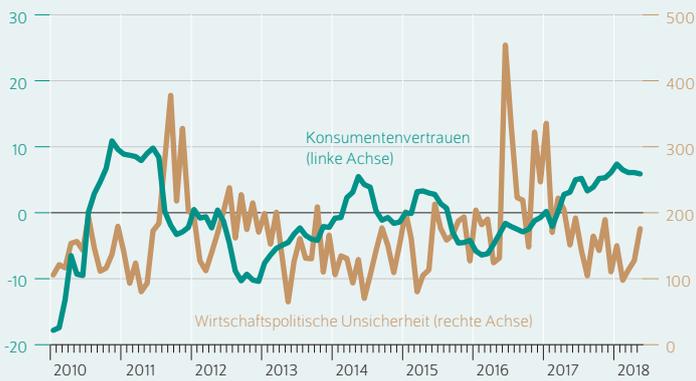
8. Zinsen

In Prozent



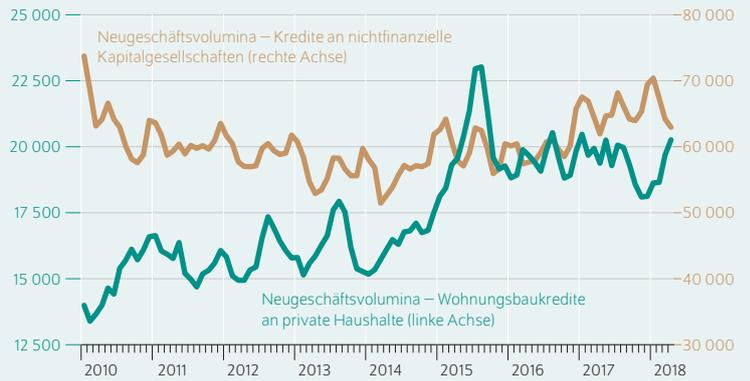
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



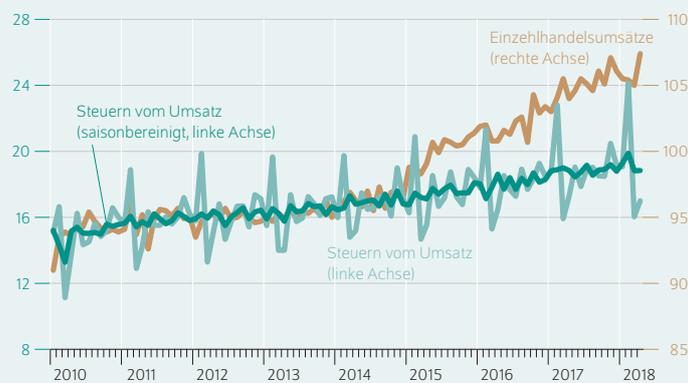
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



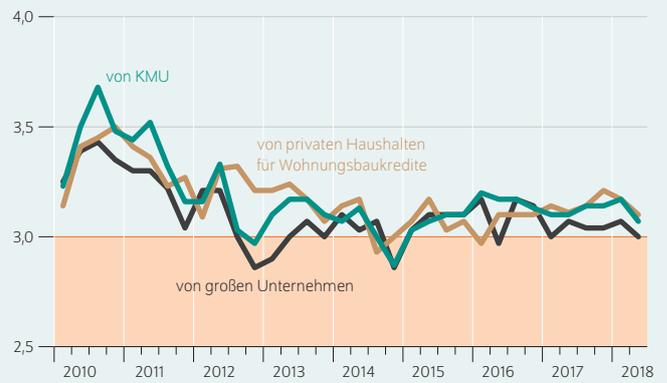
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



Quellen: (1) ifo Institut, ZEW; (2,4) Deutsche Bundesbank; (3) Eurostat, Economic Policy Uncertainty; (5) Statistisches Bundesamt; (6) ifo Institut, Deutsche Bundesbank.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 13. Juni 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström;
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter